

GRÜNES AUS DEM RATHAUS

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Charlottenburg-Wilmersdorf



Kantgarage & Logistik- Hubs

Stadtgrün & Klimanotstand

Milieuschutz & Stadt gestalten

Sicher zur Schule & Radrouten

Bibliotheken & kreative Kinder



WILLKOMMEN IM RATHAUS



Liebe Charlottenburger*innen, liebe Wilmersdorfer*innen,

auch in dieser Ausgabe berichten wir über Themen, die den Bezirk bewegen und über Themen, die wir Grüne im Bezirk bewegt haben. Was hat der Klimanotstand mit der Corona-Pandemie zu tun? Durch mehr Grün soll der Bezirk widerstandsfähiger gegen zunehmend extreme Wetterereignisse werden. Wir beschäftigen uns sowohl mit dem städtebaulichen Leitbild für die City-West als auch mit der Ausweitung von Milieuschutzgebieten. Wie weit ist die Umsetzung des Radverkehrsplans? Unsere Gastbeiträge befassen sich

mit der Zukunft der Kant-Garagen als Mittelpunkt für Innovation und nachhaltige Mobilität sowie mit Logistik-Zentren, um den Lieferverkehr umweltfreundlich zu organisieren. Schulen und Bezirksverwaltung sollen mit der Digitalisierung besser werden, gerade in Pandemie-Zeiten. Auch die Fraktion trifft sich in diesen Zeiten zumeist per Videokonferenz. Wir stellen die Idee der mobilen Jugendkunstschule vor und würdigen die Rolle der Bibliotheken als Orte der Begegnung.

Neu in der Fraktion ist Jutta Boden, die auf Parwin Kouloubandi gefolgt ist. Sie hat die Funktion der Sprecherin für Weiterbildung übernommen.

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen. Sprechen Sie uns bitte einfach an.

Viele Grüße, und bitte achten Sie auf sich und auf andere!

Dagmar Kempf und Christoph Wapler
Fraktionsvorsitzende

Inhalt

Logistik-Hubs & Lastenräder	3	Brauchen wir ein Leitbild für die City-West? . . .	12
Autobahnabfahrt Halensee	4	Schulwege sicherer gestalten	14
Klimanotstand in Corona-Zeiten	5	Schulen besser auf Pandemie vorbereiten	15
Wassersensibler Stadtumbau	7	Bibliotheken als Orte der Begegnung	17
Innovationshub in der Kantgarage	9	Jugendkunstschule unterwegs	18
Fuß- & Radverkehr im Bezirk	10	Bezirksverwaltung und Digitalisierung	20
Mehr Kieze vor Verdrängung schützen	11	Einwohneranfragen müssen bleiben	21
GoWest ökologisch gestalten	11	Unsere Fraktion in der BVV	22



OLIVER SCHRUFFENEGER
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung,
Bauen und Umwelt

DIE LETZTE MEILE LOGISTIK-HUBS & LASTENRÄDER

Gastbeitrag

Wer heute an einem x-beliebigen Nachmittag durch die Wohnquartiere läuft, sieht sie überall: die in zweiter Reihe parkenden Lieferwagen, von UPS, Hermes, DHL, Amazon, Durstexpress und und und ...

Ein Großteil des Verkehrschaos in den Kiezen entsteht durch die kleinteilige Belieferung von Handel, Büros und dort lebenden Menschen. In Zeiten des wachsenden Onlinehandels wächst auch das tägliche Verkehrschaos.

Erst fährt die eine Firma in die Straße, wenige Minuten später kommt die nächste. Doch mittlerweile gibt es Alternativen, die funktionieren.

An dezentralen Logistik-Hubs werden alle Waren umgeladen auf Lastenräder (elektrisch oder nicht) und von dort dann anbieterneutral ausgeliefert. Das heißt, auf einem Rad sind dann nicht nur die Lieferungen eines Anbieters, sondern eben alle Waren aller Anbieter, die in die gleiche Straße müssen. Das wird durch die Software des gemeinsamen Systems möglich. Statt acht bis neun Lieferwagen fährt dann nur noch ein Lastenrad in die Straße. Das spart nicht nur viel Geld.

Um ein solches System im Bezirk flächendeckend aufzubauen, benötigen wir ringförmig fünf Standorte, denn das System ist nur in einem Umkreis von



rund 2–2,5 km um den jeweiligen Hub wirtschaftlich zu betreiben.

Für Charlottenburg-Wilmersdorf ist das kein Problem.

Der erste Hub soll in diesem Spätherbst von der BEHALA in der Max-Dohrn-Straße eröffnet werden. Der Parkplatz vor der Messe an der Masurenallee, ein neues Bauwerk am Hubertusplatz 1, der dunkle Parkplatz unter der Autobahn am Bahnhof Bundesplatz, sowie

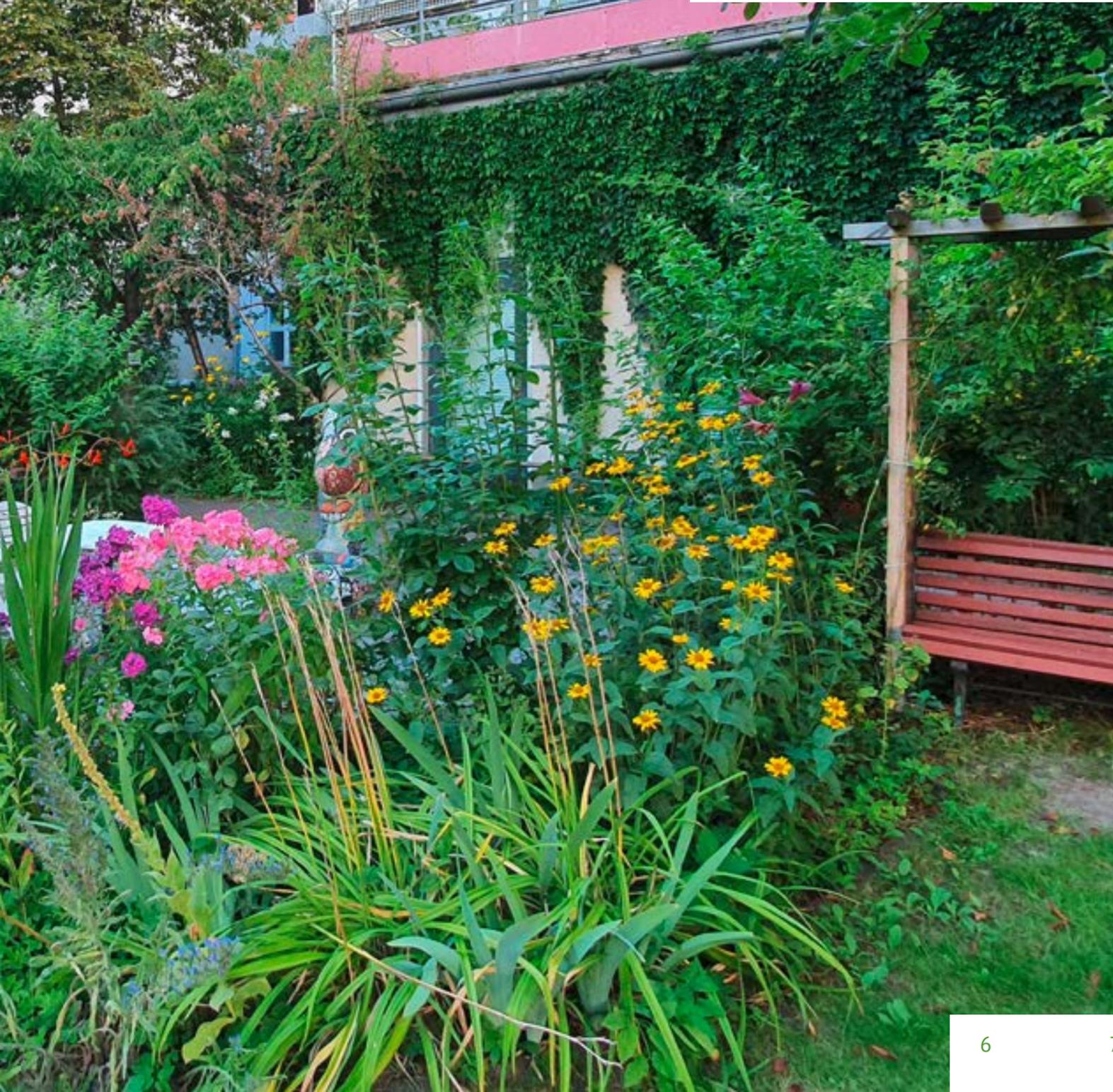
eine Fläche im Bereich des 17. Juni sind die weiteren Standorte im Bezirk. Alle Flächen bieten den Vorteil, dass die Anlieferung mit LKWs und Transportern nicht durch Wohnquartiere erfolgen muss, sondern direkt von der Autobahn oder über große Hauptverkehrsstraßen möglich ist. Damit wollen wir in den nächsten Jahren zu einer erheblichen Entlastung der Wohnquartiere von Verkehr und Luftschadstoffen beitragen und die Verkehrssicherheit deutlich erhöhen.



SIBYLLE CENTGRAF

Sprecherin für Klimaschutz
und Liegenschaften

WASSERSENSIBLER STADTUMBAU GRÜN SCHAFFT LEBENSQUALITÄT



Anhaltende Trockenheit, gestresste Straßenbäume und raumbildende Hecken mit vertrockneten Blättern prägen das Bild vieler Flächen. Dabei brauchen wir das Grün im Sommer so dringend für die **Kühlungsleistung der Pflanzen** und im Winter als Rückzugsorte für Wildtiere. Nur damit bleibt unsere Stadt trotz Klimawandel lebenswert. Wie wichtig Grün- und Freiflächen im verdichteten Innenstadtbereich sind, haben wir mit Corona noch besser wertschätzen gelernt. Wenn wir Stadtentwicklung zukunftsfähig denken, bedeutet dies nicht nur gesellschaftlichen Wandel vor Ort, sondern auch die Veränderung von Leitbildern und Zielsetzungen.

Die im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf bereits im Frühjahr 2019 auf unsere Initiative erfolgte Anerkennung des Klimanotstands gibt die Leitschnur, um weniger Kohle, Öl und Benzin in all unseren Lebensbereichen zu verbrauchen. Diese Menschheitsaufgabe lokal umzusetzen, heißt, bisher bewährte Lebensmodelle und überkommene Identitäten in Frage zu stellen. Im Zeitalter von Fridays for Future ist uns Bündnisgrünen daran gelegen, demokratische Prozesse zum Aushandeln

von gemeinsamer Zukunft innerhalb der Belastungsgrenzen der Erde zu organisieren. Wir wollen eine Ermöglichungspolitik etablieren, die es erlaubt, Potenziale für eine **große Transformation zur Nachhaltigkeit** anzuregen, zu fördern und zum prosperieren zu bringen.

Global denken und lokal handeln heißt, den Bezirk hin zu mehr Klimaresilienz zu entwickeln. Unsere Stadt soll widerstandsfähiger gegen zunehmend extremer werdende Wetterereignisse wie Dürreperioden oder Starkregen werden. Dazu haben wir einen Antrag zur »Klimaanpassung durch wassersensiblen Stadtumbau im Bezirk« in die Bezirksverordneten-Versammlung eingebracht. Hierbei geht es um die **Gestaltung des öffentlichen und privaten Raums mit mehr Grün** und um einen neuen Umgang mit Wasser. Es braucht ein zukunftsweisendes Regenwassermanagement, damit mehr Wasser in Parks und im Boden gehalten werden kann.

Grün- und Freiflächen sind Nährboden für eine gesunde Ernährung. Unser grüner Bezirk beherbergt Gärten mit beeindruckender Artenvielfalt, die viel-

fach privat gepflegt und genutzt werden und mit ihrem Reichtum der Umwelt dienen. **Bienenfreundliche Bepflanzungen** unterstützen solche Insekten, die mit der Bestäubung von Blüten das Fruchten von Obst- und Beersorten ermöglichen. Die begonnenen Initiativen für eine »Essbare-Stadt« wollen wir entsprechend weiter entwickeln. Gemeinsam können wir unser Leben nachhaltiger organisieren, die Potenziale sind da.



Antrag Wassersensibler Stadtumbau
<https://gruenlink.de/1tlf>

INNOVATIONSHUB FÜR NACHHALTIGE MOBILITÄT IN DER KANTGARAGE



GERNOT LOBENBERG

Leiter der Berliner Agentur
für Elektromobilität

Gastbeitrag

■ Städte weltweit, aber auch Berlin, stehen vor der Herausforderung, die vom Autoverkehr mitverursachten Probleme und die neuen Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in Einklang zu bringen. In der Kreativhauptstadt Berlin gibt es viele Ideen und Ansätze, wie dies gelingen kann. Allein es fehlt ein Ort zum Austausch, ein Innovationshub mit Fokus auf stadt- und umweltverträgliche Mobilität. Keine Frage: So einen Ort müssen wir in Berlin schaffen.

Eine potenziell dafür geeignete Fläche befindet sich in Charlottenburg in der Kantstraße 126/127. Dort steht seit 1929 die älteste erhaltene Parkgarage Europas. Der ehemalige Kant-Garagen-Palast, seit 1991 unter Denkmalschutz, wurde bis 2017 als Parkhaus und Autowerkstatt genutzt. 2016 erwarb ein Immobilienentwickler das Gebäude mit dem Ziel, die Kantgarage in Kooperation mit dem Bezirk als Ort der Neuen Mobilität zu entwickeln. Ein idealer Ort also für den Aufbau eines Innovationshubs für nachhaltige Mobilität. Zumal die Umwandlung eines Parkhauses zum Innovationshub ein starkes Signal senden würde, denn die Verkehrs- und Transportsysteme in Metropolen stehen vor radikalen Umbrüchen: Verkehrswende, Elektrifizierung, Digitalisierung und demografischer Wandel. Gleichzeitig möchten die Berlinerinnen und Berliner mitgestalten, mitplanen und mitbestimmen, wie ihre Stadt

zukünftig aussehen soll. Die Bedürfnisse der Menschen nach passgenauer, sicherer und barrierefreier Mobilität steigen. Die Transformation urbaner Mobilität in Richtung Klimaneutralität, Sicherheit, Effizienz und Sozialverträglichkeit kann nur durch die Zusammenarbeit von Stadtgesellschaft, Verwaltung und Industrie gelingen.

Ein solcher Innovationshub müsste daher unter dem Motto »Innovation durch Kollaboration« stehen. Mit diesem kooperativen Ansatz könnte die regionale und überregionale Zusammenarbeit und die Innovationsfähigkeit beteiligter Akteure gefördert sowie ein Zugang und Dialog für den Austausch

mit der Stadtgesellschaft ermöglicht werden. Daher sollte ein solcher Innovationshub auch externen Partnern offenstehen. Die Idee: Auf mehreren Etagen kann gemeinsam gearbeitet, geforscht, entwickelt und erprobt werden. Herzstück eines solchen Hubkonzepts könnte darüber hinaus eine öffentlich zugängliche Veranstaltungsplaza als Dialogforum bilden, in dem die Verbindung mit der Stadtgesellschaft zu allen Themen rund um die Neue Mobilität und ihre Technologien in Berlin stattfinden würde. Weitere gemeinschaftlich genutzte Flächen, wie zum Beispiel eine Prototypenwerkstatt, könnten zudem dazu dienen, den Austausch zwischen den Partnern zu verstärken.

Ziel ist es, das Konzept in den Kantgaragen umzusetzen. Allerdings sind dafür – nicht zuletzt auch aufgrund der Corona-Pandemie – noch einige Hürden zu nehmen. Das Projekt befindet sich daher noch in der Vorbereitung und benötigt weitere Förderer und Unterstützer, die sich thematisch und mit eigenen Ressourcen in das Konzept einbringen sowie Patenschaften für weitere Aktivitäten übernehmen, die das bisher geplante Portfolio ergänzen. Neue Interessenten und Ideen sind daher immer gern gesehen.





FUSS- & RADVERKEHR IM BEZIRK

ALEXANDER KAAS ELIAS
Sprecher für Soziales & Mobilität

Das Radroutennetz der Verbände Allgemeiner Fahrradclub (ADFC) City West, Netzwerk Fahrradfreundliches Charlottenburg-Wilmersdorf (NFCW) und Verkehrsclub Deutschland (VCD) wurde im Rahmen der bezirklichen Grünen AG Verkehr aufgestellt und schließlich an das Bezirksamt übergeben. Damit haben wir eine Vorlage, an der wir die kommende Radinfrastruktur in unserem Bezirk ausrichten können. Leider verzögert sich der berlinweite Radverkehrsplan, in den dieses Radnetz miteingespeist wurde. Um so mehr arbeiten wir daran, dass die geleistete Arbeit sich in dem Radverkehrsplan wiederfindet. Unser Ziel ist es, damit die Lücken bei Radstrecken aufzuheben und zugleich mit den neuen Radrouten Sperren für den Durchgangsverkehr einzubauen. Damit werden die Wohngebiete entlastet. Erheblich behindert wurde die Umsetzung durch fehlende Radplaner*innen im Bezirksamt. Erst im



Sommer konnten diese beiden Stellen besetzt werden. So können die Pläne angegangen werden.

Das Bezirksamt hat evaluieren lassen, wo Bedarf an Fahrradabstellanlagen besteht. Die Ergebnisse flossen in das Konzept Fahrradparken ein. Das

Bezirksamt beginnt, weitere Fahrradbügel aufzustellen. Erstmals werden diese auch am Fahrbahnrand und im Bereich von Kreuzungen gesetzt. So kann das Falschparken an Kreuzungen verhindert werden. Die Bürgersteige werden so für die zu Fuß Gehenden bewahrt. Fußverkehr soll zukünftig nicht mehr als Letztes im Verkehrsnetz betrachtet werden. Deshalb wird es im Berliner Mobilitätsgesetz einen Teil für Fußgänger*innen geben, der zurzeit im Abgeordnetenhaus von Berlin beraten wird. Ampeln sollen in Zukunft so geschaltet werden, dass Straßen insgesamt leichter gequert werden können. Das soll auch für größere Straßen gelten. Dies fordern wir seit Langem im Bezirk. Um dieses auch umsetzen zu können, sollen zwei weitere Planer*innen die Verwaltung unterstützen.

Radnetz 2.0 Charlottenburg-Wilmersdorf
<https://gruenlink.de/1tlh>



Fortgeschriebenes Fahrradparken-Konzept
<https://gruenlink.de/1tli>



Antrag Radplanende mit Priorität einstellen
<https://gruenlink.de/1tlk>



MEHR KIEZE VOR VERDRÄNGUNG SCHÜTZEN



ANSGAR GUSY
Sprecher für Baupolitik



Der Bezirk hat mit Haushaltsbefragungen begonnen, um weitere Gebiete mit Milieuschutz vor Aufwertung und Verdrängung zu sichern. Dabei geht es um Bereiche an der Otto-Suhr-Allee bis zur Spree. Mit Aktionen wie Demonstrationen und Spaziergängen macht die MieterWerkStadt Charlottenburg auf die Verdrängung aufmerksam und fordert härtere Kriterien, um weitere Gebiete vor Verdrängung zu schützen. Bezirk und Senat wollen gemeinsam mit den Initiativen hier Veränderungen erreichen.

Entwicklungsgebiet für preiswerten Wohnraum

Mit einem Entwicklungsgebiet vom Westkreuz bis zum Bahnhof Grunewald verhindert der Senat auf Vorschlag des Bezirks Spekulation auf dem Wohnungsmarkt. Nun gilt es, dieses Gebiet schnell zu planen und die notwendigen Untersuchungen einzuleiten. Hier sollte der Senat die Vor-Ort-Kompetenzen nutzen und den Prozess vom Bezirk steuern lassen.

Auch gilt es weitere Flächen für preiswerten Wohnungsbau und Gewerbe zu gewinnen bei der Neuplanung des Autobahndreiecks Funkturm und der Rudolf-Wissell-Brücke.

GoWest ökologisch gestalten

Auf dem ehemaligen Reemtsma-Gelände soll ein neues modernes Gewerbegebiet »GoWest« entstehen. Wir fordern dort eine hohe ökologische Qualität durch Entsiegelung, Baumpflanzung, Begrünung von Dächern und Fassaden sowie den Einsatz ökologischer, klimaneutraler Baustoffe. Handwerksbetriebe sollen dort ein Ausweichquartier im Bezirk finden, damit sie nicht nach außerhalb ziehen müssen und deren Anfahrts-

zeit und Kosten nicht steigen. Damit das Quartier für die Anwohner*innen interessant und erlebbar wird, wollen wir dort kulturelle und gastronomische Angebote. Vielleicht findet sich ja sogar ein*e Club-Betreiber*in, denn Nachbar*innen würden dort nicht gestört.

Antrag Planungen des ehemaligen Reemtsma-Geländes
<https://gruenlink.de/1tlq>



Antrag Mehr Mieterschutz
<https://gruenlink.de/1tmc>





JENNY WIELAND
Sprecherin für Stadtentwicklung

Die Corona-Pandemie zeigt den dringenden Handlungsbedarf auf, neue Perspektiven für unsere Städte zu entwickeln. Die sogenannte »Verkarstung der Innenstädte«, die sich durch Leerstand in den Erdgeschosszonen, Kino- und Caféssterben und fehlende Einkaufsmöglichkeiten in den Geschäftsstraßen schon seit Jahren angedeutet hat, ist durch die Corona-Pandemie noch beschleunigt worden, in dem für viele Streaming und Online-Handel zum Standard geworden sind. Soll unser urbanes Leben in Zukunft nur noch im Internet stattfinden?

Gleichzeitig hat die europäische Niedrigzinspolitik in den vergangenen Jahren eine Immobilienspekulation angefacht, deren schnelllebige Profitinteressen oft im Widerspruch zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung stehen, die eine lebenswerte Umgebung für die Menschen schaffen sollte. Grundstücke wurden so teuer gekauft, dass sie sich nur noch rechnen, wenn die Investoren Hochhäuser bauen. Sie schaffen durch Entmietungen gezielt Bauruinen, um die öffentliche Verwaltung unter Druck zu setzen, ihren Hochhausplänen zuzustimmen. Eine lebendige Stadt kommt dadurch umso weniger zustande.

Die vor einem Jahr von der Bezirksstadtentwicklungsverwaltung zusammen mit der AG City und einem Expertengremium angestoßene Diskussion um ein Leitbild für die City West sollte daher

dazu dienen, eine Antwort auf zentrale Fragestellungen zu finden: Wollen wir zum Beispiel eine soziale Durchmischung oder Investorenarchitektur? Wollen wir einen klimagerechten Verkehr und Bürgersteige für Menschen oder Blechwüsten und Staus? Wollen wir die Berliner Traufhöhe beibehalten

oder flächendeckend Hochhäuser? Und vor allem: Wie wollen wir es schaffen, angesichts der zunehmenden Virtualisierung des Alltags das Leben trotzdem draußen auf den Straßen zu halten?

Eine Antwort könnte beispielsweise sein, wieder mehr Wohnraum in den

BRAUCHEN WIR EIN LEITBILD FÜR DIE CITY-WEST?



Mindestanteile an bezahlbarem Wohnraum zu schaffen.

Die Diskussion über ein Leitbild für die City-West soll nun mit der breiten Öffentlichkeit fortgesetzt werden. Das Expertengremium hat 79 Thesen erarbeitet, die jetzt öffentlich diskutiert werden sollen. Als grüne BVV-Fraktion rufen wir daher die Einwohner*innen unseres Bezirks dazu auf, sich an der Diskussion zu beteiligen. Denn die 79 Thesen können bloß ein Auftakt sein. Wir unterstützen die Intention des Bezirksamtes, dass am Ende des Diskussionsprozesses eine von einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit getragene Vision steht, wie wir uns unser gemeinsames Leben in der City-West vorstellen. Wir dürfen die Stadt nicht in die Hand von kurzfristigen Investoreninteressen geben, die ihre Grundstücke überbeuert gekauft haben, sondern müssen dahin zurückfinden, gestalten zu können.

Innenstädten vorzuschreiben und damit auch eine Antwort auf den akuten Wohnraumangel zu finden. Eine neue Gesetzesänderung ermöglicht nun Wohnen und die Lärm- und Luftbelastung von Gewerbe in unmittelbarer Nachbarschaft. Damit jedoch flächendeckend bezahlbares Wohnen

durchgesetzt werden kann, wird ein neuer Bebauungsplan (B-Plan) für die gesamte City-West benötigt. Die grüne BVV-Fraktion hat hierzu bereits 2017 einen Antrag gestellt, einen Text-B-Plan für Wohnraum für die City-West zu schaffen. Nur mit einem B-Plan können Investoren dazu gezwungen werden,



Zum Beteiligungsverfahren
<https://gruenlink.de/1tlp>

WIE KANN DER SCHULWEG SICHERER GESTALTET WERDEN?



WIR WOLL-
EN SICHER
ZUR SCHULE

Unser baupolitischer Sprecher Ansgar Gusy war eingeladen zur Podiumsdiskussion an der Grundschule Rüdeshheimer Platz. Die Verkehrs-AG der Schule schlug vor, die Rüdeshheimer Straße als Spielstraße zu sperren und weitere Maßnahmen zu ergreifen, um den Schulweg sicherer zu gestalten.

Gerade rechtzeitig kam ein Gutachten des Bezirks, das u.a. Kiss- and-Go-Zonen vorsieht. Diese wurden nach den Ferien gleich ausprobiert. Für alle 60 Schulen im Bezirk haben die Gutachter*innen Verbesserungsmaßnahmen vorgeschlagen, die jetzt umgesetzt werden sollen. Dazu gehören temporeduzierende Maßnahmen wie Neuköllner

Kissen, bessere Ampelschaltungen oder neue Schilder. Damit soll erreicht werden, dass mehr Schüler*innen wieder sicher zu Fuß oder mit dem Rad kommen, um gleich fit in den Unterricht zu gehen.



Antrag Bericht Schulwegsicherheit
<https://gruenlink.de/1tmd>

SCHULEN BESSER AUF PANDEMIE VORBEREITEN



KORAY ÖZBAGCI
Sprecher für Schulpolitik



Bereits seit längerer Zeit wird über Bildungsgerechtigkeit und die Digitalisierung der Schulen lebhaft diskutiert. Doch erst in der Corona-Zeit wurde die Bildungslandschaft besonders auf den Prüfstand gestellt. Wie wichtig die Diskussionen der letzten Monate waren und wie wenig in diesem Bereich passiert ist, hat sich im Zuge der Corona-Krise wie unter einem Brennglas herauskristallisiert. Denn wer mehrere Geschwisterkinder, ein alleinerziehendes Elternteil und keinen Internetanschluss oder Drucker zuhause hat, war schlichtweg abgeschnitten von der Schule und konnte dem digitalen Unterricht nicht folgen. Gerade diese Kinder sind besonders gefährdet, ohne Abschluss die Schule zu verlassen.

2019 verließen in Berlin 1683 Schüler*innen (rund 8%) die Gemeinschafts- und integrierten Sekundarschulen ohne Abschluss. Viele dieser Jugendlichen werden Schwierigkeiten haben, sich in der Gesellschaft und auf dem Arbeits-

markt zu behaupten. Daher brauchen wir Schulen, die ertüchtigt werden, allen Kindern die digitale Infrastruktur zugänglich zu machen, die es während einer Pandemie braucht. Hierbei müssen sich die Zahlen der Tablets an den Schülerzahlen orientieren, andernfalls wird es nämlich nicht funktionieren. Jedoch ist dies nur der erste Schritt, denn eine zukunftsorientierte Bildung, gibt den Kindern auch die passende Medienkompetenz mit auf den Weg. Fähigkeiten, wie Programmieren oder Fake-News von seriösen Medieninhalten unterscheiden, werden zunehmend wichtiger. Der Digitalpakt Schule bietet hier Möglichkeiten, die auch genutzt werden müssen.

Aktuell stehen vielen Schulen keine Breitbandanschlüsse und keine WLAN-Netzwerke zur Verfügung und die Lehrkräfte sind nicht ausreichend geschult, um auf die Herausforderungen des digitalen Unterrichts adäquat zu reagieren. Dennoch haben die meisten Lehrkräfte

und Eltern mit viel Engagement und Kreativität auf die Herausforderungen der Krise reagiert und mithilfe von Crash-Kursen die Situation bewältigt. Es liegt auf der Hand, dass die besonders digital affinen Schulen wesentlich erfolgreicher und schneller sich auf die neue Situation einstellen konnten. Denn allen Schüler*innen die Aufgaben per Cloud zu schicken und online zu bearbeiten, geht wesentlich schneller, als sie abholen zu lassen.

Gerade als eine der zentralen Institutionen unserer Gesellschaft müssen wir den Schulen den ideellen und materiellen Rückhalt geben, um dem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Denn je weiter wir zu einem zunehmenden Regelbetrieb zurückkehren, desto höher wird das Risiko, dass sich Infektionshotspots an Schulen bilden. Dann muss es die Möglichkeit geben, digital den Lehrplänen zu folgen. Welche Auswirkungen mittelfristig und langfristig die Coronakrise auf Schulen haben wird, kann man derzeit seriös nicht genau abschätzen. Kurzfristig haben wir auf die Unterstützung der Schüler*innen durch die Sommerschule gesetzt. Jedoch werden wir künftigen Herausforderungen wesentlich besser begegnen können, wenn die Schulen das digitale Rüstzeug hierfür mitbringen.



Antrag Kein Kind zurück lassen
<https://gruenlink.de/1tlo>



DAGMAR KEMPF
Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Kultur und Wirtschaft

BIBLIOTHEKEN ALS ORTE DER BEGEGNUNG ENTWICKELN

In der Berliner Kultur- und Bildungsinfrastruktur sind Bibliotheken zentrale Institutionen, die in unsere urbanen Lebensbereiche hineinwirken. Bildung und kulturelle Bildung, Wissenschaft und Forschung, Medienpädagogik und Leseförderung – Bibliotheken sind mehr als nur ein Buch ausleihen. Sie sind zentrale, wohnortnahe Orte der Begegnung für jedermann, für Jung und Alt. Die Nachfrage ist nach wie vor hoch.

Charlottenburg-Wilmersdorf hat sieben kleinere und größere Bibliotheken – wohnortnahe Standorte, deren bloße Sicherung nicht alleiniges Ziel sein kann. Es muss auch ein inhaltliches Angebot geben. Das ist abhängig von Personal und Medienetat.

Wir verstehen die Aufgaben von Bibliotheken auch als Bildungs Kooperation, als Vernetzung zu Schulen, Kitas und Jugendclubs sowie als soziale Aufgabe mit bürgernahem Informations- und Bildungsangebot für lebenslanges Lernen. 2017 wurde in der BVV beschlossen, den Medienetat für Neuananschaffungen um je 20 Prozent in 2018 und 2019 anzuheben. Das bedeutet eine Steigerung auf 300.000 Euro für 2019.

Weitere Ziele sind der Ausbau des Angebots fremdsprachiger Belletristik, von Kinder- und Jugendbüchern sowie von nachgefragter Sachliteratur. Ebenso ist die interkulturelle Ausrichtung bei Personal, Medien- und Programmangeboten wichtig für die Biblio-



thek der Zukunft. Die Zusammenarbeit mit Schulbibliotheken und Medienbildung gehören zur bezirklichen Vernetzung – alle Bevölkerungsgruppen sollen räumlich wie inhaltlich erreicht werden. Für die Aufenthaltsqualität muss durch einladende Gestaltung gesorgt werden. Hier gibt es noch viel tun.

Die Bereitstellung von Angeboten, die nicht zur Entleiher führen, wird bisher unbefriedigend im Produktsystem, welches der Finanzierung zugrunde liegt, abgebildet. Das gilt auch beispielsweise für Kooperationen mit anderen Trägern, fremdsprachige Angebote oder eine hohe Anzahl von Internetarbeitsplätzen. Diese werden vom Finanzierungssystem nicht berücksichtigt, es sei denn, sie führen zu positiven Effekten auf Ausleih- und Besucher*innenzahlen. Unser Anspruch an die Qualität der Bibliotheken muss sich also auch in

der Art der Finanzierung spiegeln. Es reicht nicht aus, sich nach quantitativen Gegebenheiten zu richten, weil sonst Innovationen und somit auch die zukünftige qualitätsvolle Ausrichtung verhindert werden.

Wir wünschen uns eine stärkere Unterstützung in benachteiligten Gebieten, die sich den Herausforderungen dort bewusst stellt und die Angebote der realen Situation anpasst. Viele dieser Punkte finden sich in dem vom Bezirk im Sommer 2020 vorgelegten Bibliotheksentwicklungskonzept. Die Beteiligung der Nutzerinnen und Nutzer muss nun in den kommenden Monaten zeigen, in wieweit deren Bedürfnisse hier Rechnung getragen werden kann.

Wichtig ist bei allem der richtige Mix, ein Gleichgewicht zwischen digitalem und analogem Angebot.

KULTURELLE BILDUNG VOR ORT

JUGENDKUNSTSCHULE UNTERWEGS



JUTTA BODEN
Sprecherin für Weiterbildung

In den Sommerferien bot sich den Schlossparkbesucher*innen ein schönes Bild: Kinder und Jugendliche malten an der Staffelei im Freien. Dabei wurden sie von Künstler*innen angeleitet. Selbst einige Eltern fanden Spaß daran. So haben sie den Schlosspark neu entdeckt. Das war ein offenes Ferienangebot der Jugendkunstschule CW – in Kooperation mit der Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten für die Kinder aus der Umgebung, das guten Anklang fand. Aber auch die anderen, zumeist einwöchigen Werkstätten in verschiedensten Kunstsparten (Steinbildhauerei, digitale Spaziergänge) weckten das Interesse bei Kindern und Eltern, sich auf das kostenlose Angebot der überschulischen kommunalen Einrichtung einzulassen.

Wir Grünen wünschen uns neben den schulischen Möglichkeiten viele weitere kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche im Bezirk, um deren individuelle Ausdruckskraft zu entwickeln. Damit sind sie in der Lage, sich kreativ an der Entwicklung unseres Bezirks zu beteiligen. Deshalb haben wir uns in den Gründungsphasen der bezirklichen Jugendkunstschule – mit den anderen Fraktionen in der BVV – für die Aufnahme der außerschulischen Einrichtungen (Jugendkunst-, Gartenarbeits-, Jugendverkehrsschulen) ins Schulgesetz eingesetzt und können feststellen, dass das auf Kooperation mit den bezirklichen Schulen ausgerich-

tete Programm der Jugendkunstschule die Möglichkeiten sehr erweitert hat. Die Jugendkunstschule ist in den zehn Jahren ihrer Existenz wichtiger Teil der bezirklichen Bildungslandschaft geworden. Das zeigt sich nicht nur an ihrem Standort Mierendorff-Insel und ihrem Mitwirken an der Gestaltung des Rundwegs um die Insel. Auch ihre anderen Projekten z.B. mit der Comenius-Schule und dem Bürgerverein am Leon-Jessel-Platz sowie die Skulpturen-Projekte auf dem Mittelstreifen des Kurfürstendamms fanden viel Anerkennung.

Die Jugendkunstschule hat in den Anfängen der Virus-Krise quasi über Nacht digitale Angebote erprobt, entwickelt und hat damit offensichtlich ihre Teilnehmer*innen halten können. Dennoch können die digitalen Formate kein völliger Ersatz für die traditionellen Sparten der kulturellen Kinder- und Jugendbildungsarbeit sein.

Besonders für jene Kinder und Jugendlichen, die zu Hause keine räumlichen Möglichkeiten für künstlerisches Arbeiten oder nur einen beschränkten Zugang zu Geräten und Kompetenzen haben, sollten an öffentlichen Plätzen (z.B. Prager Platz, Rüdeshheimer Platz, Volkspark Jungfernheide, Wilmersdorfer Straße etc.) temporäre Räume geschaffen werden, die kieznah solche Zugänge ermöglichen.



Neben den Räumen der Jugendkunstschule brauchen wir eine »Jugendkunstschule-mobil«, die unserem großen Bezirk gerecht wird. Mit Lastenfahrrädern, einem Medienmobil oder einer rollenden Holzwerkstatt könnten Fachleute die Angebote in die Kieze bringen.

Wir halten die schulischen Projekttagge in der Jugendkunstschule auch unter Corona-Bedingungen für ein notwendiges überschulisches Angebot, das zur ganzheitlichen Bildung beiträgt. Die Schulleiter*innen sollten ermuntert werden, Exkursionen in die Jugendkunstschule unter den notwendigen Hygiene-Bedingungen zu ermöglichen. Es sollte auch geprüft werden, unter welchen Bedingungen künstlerische Projekte der Jugendkunstschule an den jeweiligen Schulen durchgeführt werden können.



Antrag Mobile Jugendkunstschule
<https://gruenlink.de/1tle>



BEZIRKSVERWALTUNG UND DIGITALISIERUNG NACH CORONA

CHRISTOPH WAPLER

Fraktionsvorsitzender
Sprecher für Haushalt und Ordnung

Spätestens seit dem Ausbruch der Pandemie sieht sich die Bezirksverwaltung neuen Herausforderungen gegenüber. Mit einer Großen Anfrage gleich zu Beginn der Pandemie wollten wir vom Bezirksamt erfahren, wie es seine Mitarbeiter*innen und Besucher*innen schützt und gleichzeitig die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung sicherstellt. Der Bezirk hat versucht, mit der Einrichtung eines zentralen Arbeitsstabs Corona flexibel auf die Krise zu reagieren und die notwendigen Maßnahmen schnell und zielgerichtet umzusetzen. Der Betrieb in den Fachämtern wurde zeitweise auf Mindestpersonalstärke und »Schlüsselpositionen« heruntergefahren. Zur gleichen Zeit stehen die Mitarbeiter*innen freilich vor zusätzlichen Aufgaben – etwa mit der Zunahme von Fällen häuslicher Gewalt oder bei der Erarbeitung von Hygienekonzepten für die Schulen im Bezirk. Durch Corona wird deutlich, dass eine Verwaltung, die jahrelang mit neoliberalen Instrumenten wie der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) auf »Wirtschaftlichkeit« getrimmt worden ist, im Ernstfall über keine Personalreserven mehr verfügt. Nur dem außerordentlichen Engagement der Beschäftigten

ist es zu verdanken, dass das Bezirksamt in Zeiten von Covid-19 arbeitsfähig geblieben ist.

Verwaltung und Politik müssen Vorsorge treffen für kommende Krisenzeiten. Dabei erweist sich die Digitalisierung einmal mehr als Hoffnungsträger: in seiner Beantwortung hat das Bezirksamt erklärt, Heimarbeit, die Einrichtung von Telearbeitsplätzen oder mobiles Arbeiten verstärkt nutzen zu wollen – alles Instrumente, die wir seit langem einfordern und die für moderne Arbeitgeber*innen selbstverständlich sind. Gern verweist die Verwaltung auf die Übergabe ihrer Informationstechnik an das IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ) und erklärt, Vorreiterin in Sachen Digitalisierung zu sein. Als jedoch der Ausbruch der Pandemie die Kommunikation zwischen Bezirksamt und BVV über mehrere Wochen quasi lahmlegte, haben diese Ansprüche den Praxistest nicht bestanden. Eine Krise

kann helfen, zu zögerlich angegangene Prozesse zu beschleunigen. Die grüne Fraktion wird weiterhin einfordern, dass den Ankündigungen auch Taten folgen. Die Digitalisierung ist dennoch kein Allheilmittel. Viele Dienstleistungen werden von den Mitarbeiter*innen vor Ort erbracht, für die Bürger*innen bleiben persönliche Beratung und Hilfe wichtig. Dafür braucht es in erster Linie motivierte Beschäftigte, und zwar in ausreichender Zahl. Auch in Zeiten der Digitalisierung gilt: das Bezirksamt muss die dringend erforderlichen Besetzungen freier Stellen intensivieren, weil schon im »Normalbetrieb« überall Mitarbeiter*innen fehlen. Und die Beschäftigten müssen in ihrem Engagement mehr Wertschätzung und Unterstützung erfahren – erst recht wenn von ihnen erwartet wird, in Krisenzeiten zusätzliche Aufgaben zu schultern. Denn ob Pandemie, Klima oder Finanzmärkte: die nächste Herausforderung wartet schon.



EINWOHNERANFRAGEN MÜSSEN BLEIBEN



ALEXANDER KOCH

Mitglied im Geschäftsordnungsausschuss



Die Bezirkspolitik bietet eine Vielzahl von Elementen direkter Beteiligung. So können Bürger*innen ihre Anliegen in die Sitzungen der Bezirksverordnetenversammlungen einbringen und auf diesem Weg einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.

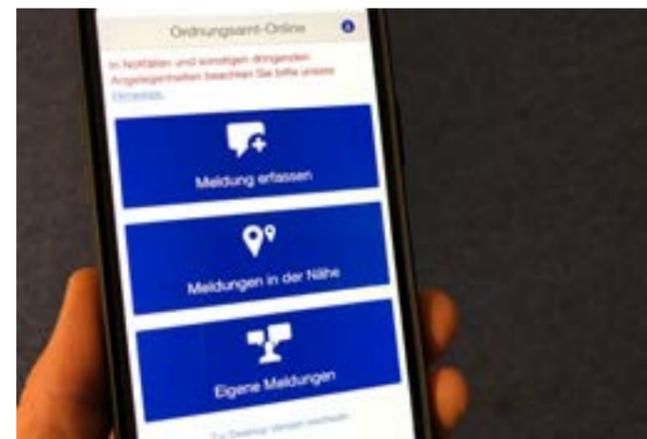
Die Realisierung dieses Anliegens stößt auf Grenzen. Am anderen Ende der Einwohneranfragen müssen genügend Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes

vorhanden sein, die Anfragen qualifiziert bearbeiten können. Aufmerksame Beobachter*innen können leicht feststellen, dass eine Handvoll von Bürger*innen dieses Werkzeug intensiv nutzt und auf der anderen Seite das Bezirksamt die von den gewählten Verordneten gestellten Anfragen in vielen Fällen mit erheblichen Verzögerungen beantwortet.

Zeitgleich sieht sich die Bezirksverordnetenversammlung mit Forderungen auf eine weitere Ausweitung der Einwohneranfragen konfrontiert. Die oft geforderte Beantwortung der Einwohneranfragen in mündlicher wie auch in schriftlicher Form würde den Bearbeitungsaufwand weiter erhöhen. Gerade weil sich die Bezirksamtsmitglieder nicht strikt an ihren Redemanuskripten orientieren und auf spontan gestellte Nachfragen eingehen, wäre ein schriftliches Wortprotokoll anzufertigen und die Passagen den jeweiligen Druck-

sachen zuzuordnen. Die gut gemeinte Neuerung würde zu der bitteren Konsequenz führen, dass die Kontrollfunktion der Bezirksverordnetenversammlung noch weiter geschwächt wird.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt das Anliegen, auf bezirkspolitischer Ebene die Beteiligung der Bürger*innen zu erweitern. Eine autoritär ausgestaltete Verwaltung, die sich keiner Kontrolle stellen müsste, widerspricht unserem Verständnis. Weil die Bezirksverwaltung der Allgemeinheit dient, muss sie sich den Fragen der Bürger*innen stellen. Um diese Tür offen zu halten, sind Beteiligungselemente stets auf ihre Machbarkeit zu überprüfen. Halten wir diese Tür offen.



Antrag Bezirksverwaltung zur nächsten Corona-Welle online
<https://gruenlink.de/1tln>

UNSERE FRAKTION IN DER BVV



CHRISTOPH WAPLER

Fraktionsvorsitzender,
Sprecher für Haushalt und Ordnung

geboren 1969 in Berlin-Spandau,
wohnt in Charlottenburg

Beruf: Rechtsanwalt

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung,
IT und Gender Mainstreaming; Bürger-
dienste, Wirtschafts- & Ordnungs ange-
legenheiten; Geschäftsordnung; Ältestenrat

✉ christoph.wapler@gruene-cw.de

🐦 @Ch_Wapler



DAGMAR KEMPF

Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Kultur und Wirtschaft

geboren 1957 in Mannheim,
wohnt in Wilmersdorf

Beruf: Kommunikationswirtin

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Bürgerdienste, Wirtschafts- & Ordnungs-
angelegenheiten (Vorsitz); Weiterbildung
und Kultur (Vorsitz); Sport

✉ dagmar.kempf@gruene-cw.de



ANSGAR GUSY

Sprecher für Baupolitik

geboren 1962 in Gladbeck

Beruf: Geschäftsführer in der Erwachsenen-
bildung und der BVV-Fraktion
Charlottenburg-Wilmersdorf

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Ältestenrat; Verkehr und Tiefbau;
Stadtentwicklung

✉ fraktion@gruene-cw.de

🐦 @AnsgarGusy



JENNY WIELAND

Sprecherin für Stadtentwicklung

geboren 1967 in Hamburg,
wohnt in Charlottenburg

Beruf: Dipl.-Ing. Architektin

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklung;
Eingaben und Beschwerden

✉ jenny.wieland@gruene-cw.de



SIBYLLE CENTGRAF

Sprecherin für Klimaschutz und Liegenschaften

geboren: 1966 in Frankfurt am Main,
wohnt in Charlottenburg

Beruf: Dipl.-Ing. Landschaftsarchitektin,
Politikberaterin für Umwelt- und Klimaschutz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Umwelt, Natur- & Klimaschutz, Liegenschaften
& Grünflächen; Rechnungsprüfung

✉ sibylle.centgraf@gmx.de

🐦 @meerblau2



JUTTA BODEN

Sprecherin für Weiterbildung
Schriftführerin der Bezirksverordnetenversammlung

geb. 1960 in Saarlouis,
wohnt in Charlottenburg

Beruf: Mediatorin, Coach und PR-Agentin

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Schule; Integration; Weiterbildung und Kultur

✉ jutta.boden@gruene-cw.de



SUSAN DREWS

Sprecherin für Umwelt- und Naturschutz, Integration

geboren 1962 in Berlin-Schöneberg,
wohnt in Wilmersdorf

Beruf: Dipl.-Politologin,
Angestellte im Justizvollzug

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Umwelt, Natur- & Klimaschutz, Liegenschaften
und Grünflächen (Vorsitz); Integration;
Ältestenrat und Kleingartenbeirat

✉ susan.drews@gruene-cw.de



ALEXANDER KAAS ELIAS

Sprecher für Arbeit, Soziales und Mobilität

geboren 1973 in Berlin-Charlottenburg,
wohnt in Wilmersdorf

Beruf: Historiker und Politikwissen-
schaftler, Referent

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Gesundheit & Arbeit;
Verkehr und Tiefbau

✉ alexander.kaaselias@gruene-cw.de

🐦 @_Alex_Berlin



KORAY ÖZBAGCI

Sprecher für Schulpolitik

geboren 1995 in Berlin,
wohnt in Wilmersdorf

Beruf: studiert Politik- und
Verwaltungswissenschaften

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Schule; Jugendhilfe

✉ koray.oezbagci@gruene-cw.de

🐦 @arifkoray



SASCHA TASCHENBERGER

Sprecher für Jugendhilfe

geboren 1969 in Berlin

Beruf: Erzieher

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Jugendhilfe; Soziales, Gesundheit & Arbeit;
Behindertenbeirat

✉ sascha.taschenberger@gruene-cw.de



ALEXANDER KOCH

Sprecher für Sport

geboren 1966 in Berlin Charlottenburg,
wohnt in Charlottenburg

Beruf: Justiziar eines Design-Verbandes

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Sport; Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung,
IT & Gender Mainstreaming; Geschäftsordnung

✉ alexander.koch@gruene-cw.de

Kontakt zur Fraktion

Rathaus Charlottenburg
Otto-Suhr-Allee 100 | 10585 Berlin

Fraktionsgeschäftsführer: Ansgar Gusy

Tel.: 030-90 29 14 908

Fax: 030-90 29 14 914

✉ fraktion@gruene-cw.de

🐦 @GrueneBVVCW

Öffnungszeiten:

montags und dienstags von 14-16 Uhr

donnerstags von 12-14 Uhr

Impressum

Redaktion: Brit Beneke, Ansgar Gusy (V.i.S.d.P.)

Bildnachweis: Kirstin Bauch (S.11),
britibay (S.1-4, 8-17, 19-21, 24),
Sibylle Centgraf (S.6), fotostudio-charlottenburg/
hedrich.matteschekGBR (S.8), Die Hoffotografen
(S.3), Jochen Lehnert (S.4), Lutz Lienke (S.18),
Eric Marquardt (S.5, 6, 10-12, 15, 16, 19, 20-23)

Konzept & Layout: www.flattersatzkursiv.de

gedruckt auf Circle volume aus 100% Altpapier

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Charlottenburg-Wilmersdorf. Sie darf
nicht für Parteizwecke, insbesondere nicht für den Wahlkampf,
verwendet werden. Die Broschüre ist kostenlos und nicht zum
Verkauf bestimmt.



MEHR INFOS ZUR
GRÜNEN FRAKTION

WWW.GRUENE-CW.DE



v. l. n. r. Reihe vorn: Koray Özbagci, Jenny Wieland, Susan Drews, Jutta Boden, Dagmar Kempf, Alexander Kaas Elias; Reihe hinten: Sibylle Centgraf, Ansgar Gusy, Christoph Wapler, Sascha Taschenberger, Alexander Koch, Oliver Schruoffeneger